

## Statement nak/ EAPN

im Kontext Nachhaltigkeit ist darauf zu achten, dass die Menschen mit geringem Einkommen, die Möglichkeiten haben, weiße Ware zu kaufen, die wenig Energie verbrauchen. Ebenso gilt dies für Lampen und weitere Dinge des täglichen Lebens, die energieintensiv sind. Unterstützung von Kommunen und auch Hausbesitzern zur Sanierung von Gebäuden, mit Verschattung der Fenster, mehr Bäume usw. muss gewährleistet sein. Veränderungen in Stadtvierteln oder Quartieren mit den Menschen, die dort leben. Und auch das ist notwendig, ein gutes und günstiges Nahverkehrsticket.

Welche Haltung vertritt das EAPN gegenüber dem Sozialen Klimafonds?

Das EAPN begrüßt die Entscheidung, einen Strukturfonds einzurichten, der gefährdete Gruppen bei der grünen Transformation unterstützt. Der SCF bietet sowohl Unterstützung für strukturelle Veränderungen, wie die Renovierung des Gebäudes, als auch direkte Einkommensunterstützung für Haushalte mit geringem Einkommen. Bei richtiger Umsetzung wird der Fonds Menschen, die von Armut betroffen sind, bei der Renovierung ihrer Häuser und beim Zugang zu erneuerbaren Energien und sauberer Mobilität unterstützen. Wir freuen uns auch darüber, dass der SCF eine europäische Definition von Verkehrsarmut einführt, um die Zielgruppen zu bestimmen, die für eine Unterstützung in Frage kommen.

-- Welches sind die möglichen Risiken bei der Umsetzung dieser Definition? Glauben Sie, dass einkommensschwache Haushalte angemessen angesprochen werden? Welche Maßnahmen müssen nach Ansicht des EAPN ergriffen werden, um die Klimaanpassung angemessen zu berücksichtigen und sicherzustellen, dass die Energiearmut in angemessener Weise gemildert wird?

Wir sind besorgt über mehrere Bestimmungen des SCF.

1. Das Emissionshandelssystem II, das den SCF finanzieren wird, birgt die Gefahr, dass einkommensschwache Haushalte an fossile Brennstoffe gebunden werden und für den Übergang zahlen müssen.

Das Emissionshandelssystem 2 wird eine Steuer auf den Kohlenstoffausstoß im Wohnungs- und Verkehrsbereich einführen. Einkommensschwache Haushalte, die in schlecht isolierten Wohnungen leben, die einen hohen Energieverbrauch aufweisen, werden bestraft und müssen zusätzliche Energiekosten tragen. Obwohl der SCF darauf abzielt, den Übergang von Haushalten mit niedrigem Einkommen zu unterstützen, wird das Prinzip, hier etwas zu nehmen (im ETS2) und dort etwas zurückzugeben (in Form von Strukturhilfen oder direkten Einkommensbeihilfen), nicht zu großen Auswirkungen und Fortschritten führen.

Das Programm sollte alle Vorlaufkosten abdecken, um sicherzustellen, dass einkommensschwache Haushalte tatsächlich in der Lage sind, sich von kohlenstoffhaltiger Energie zu trennen.

Die Renovierung von fossilen Brennstoffen, wie z. B. Gaskesseln, sollte vom SCF ausgeschlossen werden, da sie Menschen in Energiearmut an fossile Brennstoffe binden wird.

2. Das Budget reicht nicht aus, um die gefährdeten Gruppen beim Übergang vollständig zu unterstützen.

Die 86 Mrd. EUR pro Jahr zeigen, dass die Renovierungswelle nicht ehrgeizig finanziert wird. Allein für die Renovierung sind bis 2050 bereits 13 Mrd. EUR/Jahr vorgesehen. Dies bedeutet, dass es einen offensichtlichen Bedarf an zusätzlichen Wegen für eine nachhaltige Finanzierung gibt, um Ergebnisse bei Renovierungen, Dekarbonisierung und grüner Mobilität zu erzielen. Die durchschnittliche grundlegende Renovierung kostet zwischen 7000 und 32 000 EU. Darüber hinaus sollte sich der SCF auch für die Umschulung und Höherqualifizierung von Arbeitnehmern einsetzen und ihnen qualitativ hochwertige Arbeitsplätze (Arbeitsbedingungen und Löhne) sowie den Übergang zwischen den Arbeitsmärkten bieten. Außerdem ist der Geltungsbereich des SCF für das derzeitige Finanzierungssystem zu weit gefasst, da der SCF direkte Einkommensbeihilfen und strukturelle Lösungen umfassen wird.

3. Es müssen zusätzliche Einnahmequellen erschlossen werden: Besteuerung von Luxus und umweltschädlichem Konsum (Privatjets, Yachten usw.), höhere Besteuerung der Gewinne von Unternehmen, die fossile Brennstoffe herstellen  
Keine Ersetzung oder Finanzierung bestehender Programme, einschließlich Sozialtarife

Der SCF darf bestehende Finanzierungsmechanismen für bestehende Programme nicht ersetzen. Der SCF darf auch keine Sozialtarife finanzieren, da diese eine versteckte Subvention für Investitionen in fossile Brennstoffe darstellen würden. Die Begrenzung des Preises für fossile Brennstoffe, z. B. durch Sozialtarife, darf nicht zu Ausgleichszahlungen an die Unternehmen für fossile Brennstoffe führen, da diese Maßnahmen sonst versteckte Subventionen für die Unternehmen für fossile Brennstoffe darstellen!

Der SCF sollte keine Flickschusterei betreiben und die Auswirkungen der bestehenden Klimapolitik abbildern, sondern einen ehrgeizigen Weg zur Dekarbonisierung bieten.

#### 4. Steuerungsmechanismen

Wir plädieren für die Einbeziehung der energiearmen Bevölkerung in die Überwachung, Umsetzung und Bewertung des SCF. Außerdem weisen wir auf die Notwendigkeit einer intersektionellen Bewertung des SCF hin, um die Auswirkungen auf marginalisierte Gruppen wie Frauen, Alleinerziehende, rassifizierte Gruppen usw. zu verstehen.

Der SCF sollte auch Mindeststandards in Bezug auf folgende Punkte enthalten

Angemessenheit der Unterstützung  
Zugänglichkeit des Programms (bürokratischer Aufwand, Förderfähigkeit, Zugang zu Informationen usw.)  
Antragsverfahren und angemessener Zeitrahmen für den Zugang zu den Programmen  
Auswirkungen auf den Zugang zu anderen Einkommensbeihilfen und zum Sozialschutz sollten nicht verhindert werden.

Generell sollten alle am SCF beteiligten Akteure die Risiken einer verstärkten Ungleichheit zwischen reicheren und ärmeren Haushalten und die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten

beim Zugang zum Programm beachten; arme Haushalte, die an die Gasinfrastruktur gebunden sind, z. B. wenn Gaskessel vom SCF abgedeckt werden, so dass sie die Kosten für die Energiewende selbst tragen müssen, und Haushalte mit niedrigem Einkommen, die keinen Zugang zu gemeinschaftlichem Energiebesitz haben.

5.

Die Mitgliedstaaten werden ab 2026-2027 Zugang zu dem Fonds haben. Energiearme Menschen haben jetzt schon zu kämpfen, sie können ihre Rechnungen nicht bezahlen, ihre Miete nicht zahlen und sich nicht ernähren. Obwohl sie weit verbreitet sind, haben universelle direkte Einkommensbeihilfen wie Energiegutscheine nur eine sehr begrenzte Wirkung auf die Ärmsten, wie die Mitglieder des EAPN wiederholt berichten. Wir wissen auch, dass die Reaktion auf die Covid-Pandemie zeigt, dass die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten in der Lage sind, dringend zu handeln. Der verlängerte Zeitplan zeigt den mangelnden politischen Willen und die fehlende Erkenntnis, dass Energiearmut eine lebensbedrohliche Notlage ist, die jetzt und nicht erst in vier Jahren angegangen werden muss, wobei nicht einmal das Antragsverfahren für den Beginn der Renovierung schlecht isolierter Wohnungen berücksichtigt wird. Der Fonds sollte spätestens Ende 2023 aufgelegt werden, um die Schwächsten wirklich zu unterstützen, zumal sich die EU und die Mitgliedstaaten nicht zu strukturellen Änderungen der Preisfestsetzungsmechanismen für Energie verpflichten.